

## Haushaltsrede Christoph Högel (Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion)

Sehr geehrter Herr Landrat Wölfle,  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,  
werte Pressevertreter,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

gleich zu Beginn möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei all jenen bedanken, die in minutiöser Arbeit und sicherlich auch mit spitzem Bleistift an der Erstellung des Haushalts für das Jahr 2020 mitgewirkt haben.

Uns ist durchaus bewusst, dass die Verschiebung der Haushaltsverabschiedung in das neue Jahr nicht gerade auf Wohlwollen im Hause stieß und wir hoffen zugleich, dass dies in den nächsten Jahren dieser Wahlperiode nicht wieder vorkommt, sodass die für den Haushaltsentwurf verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes auch mit einer gewissen Erleichterung in den Weihnachtsurlaub starten können.

Die AfD bekennt sich zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik und somit zur Konsolidierung der Kreisfinanzen. Die Schuldentilgung darf jedoch wegweisende Zukunftsinvestitionen nicht behindern, sondern ist mit ihnen in Einklang zu bringen.

Aufgrund des nichtabgerufenen Kredits des „Regionalen Innovations- und Technologiezentrums“ (RITZ) konnte die Kreisumlage für das vergangene Jahr überraschend abgesenkt werden. Dies haben wir damals, als wir dem Gremium noch nicht angehörten, auch sehr begrüßt. Meiner Fraktion ist aber ebenso klar, dass die enorm hohen Investitionen der nächsten Jahre, unseren Standort bzw. den Bodenseekreis in vielerlei Hinsicht wettbewerbsfähig halten müssen, um unseren Bürgern und Unternehmen weiterhin wirtschaftlichen Wohlstand und vor allem Planungssicherheit zu gewähren.

Aus diesem Grund und hinsichtlich einer abflauenden, teils sogar schon rezessiven Konjunktur in Deutschland, die durch hausgemachte Fehler auf Bundes- und Landesebene mitverursacht wurde (ich sage nur Klimahysterie) bekennt sich meine Fraktion dazu, dass die Kreisumlage, entsprechend des Haushaltsentwurfs, wieder leicht auf 32 Prozentpunkte angehoben wird. Alles andere wäre aus unserer Sicht unverantwortlich.

Landrat Wölfle bezeichnete sie als Unwägbarkeiten. Die drohenden Kosten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und die enormen Kosten für Asylsuchende, auf

denen der Bodenseekreis droht sitzen zu bleiben, weil das Land Baden-Württemberg bzw. auch der Bund seinen Versprechungen nicht nachkommt. Sollten doch anfangs die Landkreise und deren Kommunen in beiden Fällen nicht zusätzlich belastet werden, steht genau diese zusätzliche Belastung vor der Tür.

Damit fehlen prognostiziert nun 2,01 Mio Euro die nun dazu führen, dass die Kreisumlage nicht gesenkt werden kann. Die Kommunen und deren Einwohner dürfen sich dafür bei der grün-schwarzen Landesregierung sowie dem Bund bedanken.

Das BTHG ist gut gedacht und wir begrüßen zum Beispiel die darin enthaltenen Verbesserungen für unsere behinderten Mitmenschen, die durch ein höheres Einkommen, Leistungen unabhängig der Wohnform, mehr Teilhabe und dem Fördern eigene Entscheidungen erreicht werden.

Jedoch verkehren sich die Vorteile durch ein Übermaß an Bürokratie zum Nachteil, was allein schon die Tatsache zeigt, dass das Landratsamt allein 18 zusätzliche Stellen zur Bewältigung der zusätzlichen bürokratischen Aufgaben benötigt. Das ist Wahnsinn.

Bzgl. den Kosten für Asylsuchende wird die AfD-Fraktion in den nächsten Wochen einen Antrag zur verbindlichen Altersfeststellung von sog. minderjährigen Flüchtlingen ab 14 Jahren einbringen, da die Kosten im Gegensatz zu nicht Nichtminderjährigen Flüchtlingen um mindestens Faktor 5 höher liegen und der Landkreis für eine saubere Prüfung zuständig ist. Diese soll auch rückwirkend gelten.

Laut Informationen des Bayerischen Rundfunks geht man in Schweden seit Mitte März 2017 einen strikteren Weg. „Hier wird das Alter von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen systematisch überprüft. Das Amt für Rechtsmedizin testete innerhalb eines halben Jahres fast 2.500 Personen. Mehr als 80 Prozent von ihnen erklärte man anschließend für volljährig.“

Die AfD Fraktion begrüßt trotz dieser Unwägbarkeiten die hochpriorisierten enormen Investitionen in unsere kreiseigenen Bildungseinrichtungen. Hier legen wir den Grundstein für eine gute Ausbildung in einem gut ausgestatteten Lernumfeld und leisten unseren Beitrag für die Ausbildung unserer echten Fachkräfte von Morgen. Von der völlig verkorksten Bildungspolitik auf Landesebene kann man das weiß Gott nicht behaupten. Wir benötigen nicht nur Master, sondern auch Meister. Der fehlenden Wertschätzung von Handwerksberufen ist damit entgegenzuwirken. Die bewährte Kooperation zwischen den beruflichen Schulen in der Trägerschaft des Kreises und der Wirtschaft soll fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.

Für die Mobilität der Kreiseinwohner sind die Kreisstraßen von größter Bedeutung. Jahrzehntlang hat die Kreispolitik zu wenig für deren Ausbau getan. Vor allem in unserem sehr ländlich geprägten Bodenseekreis nimmt der motorisierte Individualverkehr eine zentrale Rolle ein. Gemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung blieb die Entwicklung der Verkehrswege im Bodenseekreis zurück. Wir stehen deshalb zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrswege.

Dazu gehört auch die Stärkung des ÖPNV. Entsprechend haben wir zuletzt der zusätzlichen Investition von einer Mio. Euro zur Angebotssteigerung des ÖPNV ab 2020 zugestimmt.

Der Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn ist eine finanzielle Mammutaufgabe und wird ohne enorme Finanzspritzen von Land und Bund nicht zu realisieren sein. Die AfD-Fraktion steht dem Vorhaben positiv gegenüber. Da auf elektrifizierten Strecken mehr Züge verkehren können, weil die stromgetriebenen Triebwagen schneller beschleunigen und somit in kürzeren Abständen fahren können, ist bei Bedarf auch eine schnellere Taktung möglich. Auch eine Fahrtzeitverkürzung für Reisende liegt auf der Hand.

Die AfD-Fraktion steht im Übrigen fest zu einem seefernen zweistreifigen Neubau der B31 zwischen Immenstaad und Meersburg und sie steht auch unverrückbar zum, für den Wirtschaftsstandort Bodensee so wichtigen, Friedrichshafener Flughafen. Wir fordern daher, dass der Druck auf die Bundespolitik, hinsichtlich einer Reduzierung der Ausgaben der Regionalflughäfen in Sachen Flugsicherung, hoch bleibt. Es kann nicht sein, dass die Verkehrsflughäfen an dieser Stelle bevorzugt behandelt werden und diese Kosten nicht selbst tragen müssen. Das ist Wettbewerbsverzerrung.

Weil der Bund bei der Bereitstellung der Infrastruktur zur Digitalisierung seit Jahren versagt, ist es notwendig und richtig, dass jetzt Land, Region, Kreise und Gemeinden gemeinsam mit der Wirtschaft die Digitalisierung vorantreiben. In unserem Kreistagswahlprogramm forderten wir die Gründung eines Zweckverbands der sich um die Beschleunigung des Glasfaserausbaus kümmert und mit den Einwohnern und Unternehmen vor Ort Lösungen erarbeitet. Wir freuen uns daher besonders, dass dieser Verband noch vor der neuen Wahlperiode ins Leben gerufen wurde und endlich für einen zügigen Ausbau der Breitbandinfrastruktur sorgen kann.

Wir von der AfD kritisieren, dass im Bodenseekreis jüngsten Berichten zufolge mehr als jede zweite geplante Lebensmittelkontrolle ausfällt. Lediglich 42% der Kontrollen können wie vorgeschrieben stattfinden. Wer tausende Migranten aufnimmt und ihnen eine rundum Sorglos-Versorgung bietet, der sollte seine

ureigenen Aufgaben nicht außer Acht lassen. Hierzu haben wir bereits eine schriftliche Anfrage gestellt auf dessen Grundlage wir zukünftig hoffentlich gemeinsam mit der Verwaltung und Ihnen, werte Kollegen, eine Verbesserung dieses nicht hinnehmbaren Zustandes erreichen wollen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch auf eine kommende Herausforderung eingehen, die gleichzeitig gewaltige Risiken für unsere Einwohner vor Ort birgt. Dies ist die Wahrung der Energiesicherheit und die damit verbundene Katastrophenhilfe im Ernstfall.

In Baden-Württemberg ging zum Jahreswechsel medienwirksam das letzte Kernkraftwerk vom Netz. Deutschland ist das einzige Land, welches aus emotionalen Gründen, fernab jeglicher sachlicher Fakten, zeitgleich aus der Kernkraft sowie der Kohleenergie aussteigt. Viele Menschen wissen nicht, welche Folgen und Risiken der gleichzeitige Ausstieg ohne tragfähige Alternativen hat.

Mit jedem abgeschalteten, konventionellen, grundlastfähigem Kraftwerk steigt die Gefahr eines großflächigen und mehrtägigen Stromausfalls exponentiell. Allein im letzten Jahr ist Deutschland bereits mehrfach an einem großflächigen Blackout vorbeigeschrammt. Die Anzahl der Eingriffe in die Netze, sogenannte Redispatch-Maßnahmen aufgrund von Schwankungen, stieg in Deutschland von vier pro Jahr (2006) auf über 5.000 (2018). Gegenwärtig liegt die Zahl der Eingriffe für 2019 bei weit über 6.000, Tendenz steigend.

Der Katastrophenschutz ist Teil der allgemeinen Gefahrenabwehr und obliegt zwar den Ländern, für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sind jedoch die Gemeinden bzw. die Kreise und kreisfreien Städte Ansprechpartner. Sie sind als sogenannte untere Katastrophenschutz-behörden für den Schutz bei größeren Unglücksfällen oder Katastrophen verantwortlich.

Meine Fraktion wird sich diesem Thema daher im kommenden Jahr verstärkt annehmen. Wir rufen alle anderen Fraktionen dazu auf, bei der Vorsorge für den Ernstfall mitzuwirken und unsere Bemühungen hinsichtlich des Katastrophenschutzes zu unterstützen und ggf. zu ergänzen. Wir werden uns wohl oder übel mit den Folgen und Risiken der überstürzten und undurchdachten Energiewende aufgrund der Verantwortung gegenüber unseren Bürgern auseinandersetzen müssen. Auch das wird viel Geld kosten.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.